

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, den 06.05.2026, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:Vorsitzende/r

Herr Bürgermeister Patrick Nowicki

Bürgermeister

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Günter Badura
 Frau Ratsmitglied Nicole Maria Dickmeis
 Herr Ratsmitglied Klaus Fehr
 Frau Ratsmitglied Marion Haustein
 Herr Ratsmitglied Dr. Christoph Herzog
 Herr Ratsmitglied Dietmar Krauthausen
 Herr Ratsmitglied Stephan Löhmann
 Frau Ratsmitglied Elke Lohmüller
 Herr Fraktionsvorsitzender Aaron David Möller
 Herr Ratsmitglied Michael Roth
 Herr Ratsmitglied Heinz Thoma
 Herr Ratsmitglied Ugur Uzungelis
 Herr Ratsmitglied Frank Wagner

SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD
 SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Simon Becker
 Frau Ratsmitglied Claudia Behr
 Herr Ratsmitglied Ralf Behr
 Herr Ratsmitglied Tim Bündgens
 Herr Ratsmitglied Michael Derks
 Herr Ratsmitglied Jörg Els
 Herr Ratsmitglied Heinrich Theodor Frings
 Herr Ratsmitglied Frank Meyers
 Frau Ratsmitglied Maria Mund
 Herr Ratsmitglied Hans Wolfgang Peters
 Herr Fraktionsvorsitzender Thomas Schlenker
 Frau Ratsmitglied Renée Stühlen
 Herr Ratsmitglied Oliver Wald
 Herr Ratsmitglied Ronan Karl Wollersheim

CDU
 CDU
 CDU
 CDU
 CDU
 CDU
 CDU
 CDU
 CDU
 CDU
 CDU
 CDU
 CDU

Ratsmitglieder BASIS-Fraktion

Herr Ratsmitglied Michael Cremer
 Herr Fraktionsvorsitzender Christoph Häfner

BASIS
 BASIS

Ratsmitglieder Freie Wähler-Fraktion

Herr Ratsmitglied Hans-Josef Berndt
 Herr Fraktionsvorsitzender Wilfried Berndt

Freie Wähler
 Freie Wähler

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Ratsmitglied Joachim Röhrig
 Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell

Bündnis 90/Die Grünen
 Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder AfD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Peter Gerald Eiter
 Frau Ratsmitglied Undine Golke
 Herr Ratsmitglied Ralf Hans Hambloch
 Herr Ratsmitglied Wolfgang Walter Kaun
 Frau Ratsmitglied Selma Köksal

AfD
 AfD
 AfD
 AfD
 AfD

Herr Ratsmitglied Steven John Schaepkens	AfD
Frau Ratsmitglied Elisabeth Maria Upadek	AfD
Herr Ratsmitglied Lothar Herbert Upadek	AfD
Herr Fraktionsvorsitzender Michael Winterich	AfD

Ratsmitglied FDP

Herr Ratsmitglied Stefan Schulze	FDP
----------------------------------	-----

Ratsmitglieder Fraktion DIE LINKE

Herr Fraktionsvorsitzender Albert Borchardt	DIE LINKE
---	-----------

Ratsmitglied parteilos

Herr Ratsmitglied Holmer Milar	Parteilos
--------------------------------	-----------

Von der Verwaltung

Herr Daniel Beginn	Verwaltung
Herr René Costantini	Verwaltung
Frau Erste Beigeordnete Dana Duikers	Verwaltung
Herr Michael Effenberg	Verwaltung
Herr Fabian Esser	Verwaltung
Herr Rainer Fuß	Verwaltung
Herr Michael Grobusch	Verwaltung
Herr Thomas Guß	Verwaltung
Herr Christoph Guth	Verwaltung
Herr Christian Haake	Verwaltung
Frau Silvia Hannemann	Verwaltung
Frau Tamara Hartel	Verwaltung
Herr Bastian Hintzen	Verwaltung
Frau Brigitte Höne	Verwaltung
Herr Michael Mathar	Verwaltung
Frau Stadtkämmerin Bettina Merx	Verwaltung
Herr Martin Quadflieg	Verwaltung
Herr Thomas Rehahn	Verwaltung
Herr Andreas Schäfer	Verwaltung
Herr Marc Schmitz	Verwaltung
Herr René Schulz	Verwaltung
Herr Technischer Beigeordneter Achim Vogelheim	Verwaltung

Schriftführer/in

Frau Nicoletta Lebotesi	Verwaltung
Herr David Porschen	Verwaltung

Abwesend:

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Frau Ratsmitglied Claudia Moll	SPD
--------------------------------	-----

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Bernhard Leuchter	CDU
Frau Ratsmitglied Ina Schneider	CDU

Ratsmitglieder AfD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Manuel Johannes Krauthausen	AfD
---	-----

Ratsmitglieder Fraktion DIE LINKE

Herr Ratsmitglied Andreas Thomas Dittrich	DIE LINKE
---	-----------

BM Nowicki eröffnete die Sitzung des Stadtrates um 17.30 Uhr. Er begrüßte die Ratsmitglieder, die Vertretenden der Verwaltung und der Presse sowie die Zuhörenden.

BM Nowicki stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Stadtrates sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen und die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Eschweiler gegeben sei. Außerdem verwies er auf die bekannten und zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW. Ebenso erfolgte ein Hinweis, dass das Erstellen nicht genehmigter Bild- und Tonbandaufnahmen grundsätzlich untersagt sei.

Folgender Punkt wurde verwaltungsseitig von der Tagesordnung abgesetzt: TOP 13 -Verwaltungsvorlage-Nr. 197/26, Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung („Bau-turbo“).

Zur Begründung wurde auf die Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung (ASUM) vom 28.04.2026 verwiesen. Demnach wird die Vorlage zwecks Überarbeitung in den nächsten Sitzungslauf verwiesen, um die Ergebnisse dieser Beratung sowie weitere bis zum 12.05.2026 eingehende Veränderungsvorschläge einzupflegen. Die erneute Vorberatung erfolgt im ASUM am 01.07.2026 sowie im Haupt- und Finanzausschuss am 07.07.2026, sodass die abschließende Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Eschweiler am 08.07.2026 erfolgen kann. Es erfolgte keine Gegenrede.

Es wurden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen, sodass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Fragestunde für Einwohner	
2	Haushaltsentwurf 2026	
2.1	Haushaltsreden der Fraktionen	
2.2	Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung 2026	
2.3	Umbau zur Erweiterung der OGS-Kapazitäten der KGS Dürwiß	200/26
2.4	Umbau und bauliche Erweiterung der KGS Bergrath	203/26
2.5	Verlängerung des Mietzuschusses für das Objekt Merkurstraße 11-13; hier: Antrag des VabW e.V. vom 21.08.2025	208/26
2.6	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026	248/26
3	Anträge von Fraktionen	
3.1	Eigenständige kommunale Geschwindigkeitsüberwachung	215/26
3.2	Aktualisierung des Straßen- und Wegekonzeptes der Stadt Eschweiler	205/26
3.3	Dauerhafte Beflaggung des Rathauses der Stadt Eschweiler mit der Nationalflagge; hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 07.04.2026	
3.4	Organisation "Bürgermeister für den Frieden"; hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 08.04.2026	
3.5	Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Eschweiler; Antrag der AfD-Fraktion vom 07.04.2026	244/26
3.6	Verbot von Elektrorollern; hier: Antrag der BASIS-Fraktion vom 16.03.2026	247/26
4	Neubau des Sportzentrums Jahnstraße; hier: Bürgerantrag von Herrn Josef Stiel vom 23.03.2026 und 30.03.2026	225/26
5	Umbesetzung im Ausschuss für Soziales, Senioren und Kultur	240/26
6	Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes im Eschweiler Stadtgebiet; hier: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie	235/26

7	Beseitigung von Schäden an der öffentlichen Infrastruktur sowie zum Wiederaufbau anlässlich der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021; hier: Fortschreibung des genehmigten Wiederaufbauplanes	236/26
8	Beiträge nach § 8 KAG NRW für die Erneuerung und Verbesserung der Eichen-dorffstraße; hier: Satzungsbeschlüsse	210/26
9	Beiträge nach § 8 KAG NRW für die Erneuerung und Verbesserung der Hölderlin-straße; hier: Satzungsbeschluss	211/26
10	Freigabe verkaufsoffener Sonntage im Jahr 2026	229/26
11	Städtebauförderungsgebiet Soziale Stadt Eschweiler-West; Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Gewährung von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds; Hier: Neubesetzung des Entscheidungsgremiums (Lenkungsgruppe)	194/26
12	Erster Kommunaler Wärmeplan - Beschluss	191/26
13	Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung („Bauturbo“); hier: Grundsatzbeschluss von Leitlinien der Stadt Eschweiler zur gemeindlichen Zustimmung nach § 36a Baugesetzbuch (BauGB)	197/26
14	Kenntnisgaben	
14.1	Ermächtigungsübertragungen ins Haushaltsjahr 2026	134/26
14.2	Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen; hier: Anträge von Fraktionen	239/26
14.3	Benennung eines weiteren beratenden Mitgliedes in der Arbeitsgruppe Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit	243/26
15	Anfragen und Mitteilungen	

Nicht öffentlicher Teil

16	Beitritt der regio iT GmbH zur KlimaRegion Aachen eG	185/26
17	Umgestaltung Mittelstraße / Karlstraße hier: Gestattungsvertrag mit der Kirchengemeinde	217/26
18	STAWAG - Stadt- und Städteregionswerke Aachen AG; Mittelbare Beteiligung an der Trianel Wasserstoffkraftwerk Hamm GmbH & Co. KG und der Trianel Gas - /Wasserstoffkraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	188/26
19	Erwerb von Grundstücks- und Teileigentumsflächen	238/26
20	Anfragen und Mitteilungen	
20.1	Unterrichtung des Rates gem. § 113 Abs. 5 GO NRW	

Öffentlicher Teil

1 Fragestunde für Einwohner

BM Nowicki gab bekannt, dass schriftliche Einwohneranfragen von Herrn Widynski und Herrn Lamm eingegangen seien.

Technischer Beigeordneter Vogelheim beantwortete die erste Frage des Herrn Widynski.
BM Nowicki beantwortete die zweite Frage des Herrn Widynski.

BM Nowicki wies darauf hin, dass gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Eschweiler nur zwei Fragen und eine Nachfrage pro Fragesteller und Sitzung zulässig seien.

Herr Schäfer beantwortete die erste und zweite Frage des Herrn Lamm.

Im Rahmen der Sitzung wurden, nach Beantwortung der schriftlichen Fragen, keine mündlichen Fragen gestellt.

2 Haushaltsentwurf 2026

2.1 Haushaltsreden der Fraktionen

Die Fraktionsvorsitzenden (CDU/Schlenter, SPD/Möller, AfD/Winterich, BASIS/Häfner, Freie Wähler/W. Berndt, Die Grünen/Widell, DIE LINKE/ Borchardt) und die Einzelvertreter RM Milar und RM Schulze hielten die traditionellen Haushaltsreden.

BM Nowicki unterbrach die Sitzung nach der Haushaltsrede der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen für eine Pause von 18:59 Uhr bis 19:11 Uhr. Anschließend wurden die Reden fortgesetzt.

Die folgenden Reden sind dieser Niederschrift als Anlagen beigefügt:

- Anlage 1: Haushaltsrede CDU-Stadtratsfraktion
- Anlage 2: Haushaltsrede SPD-Stadtratsfraktion
- Anlage 3 Haushaltsrede AfD-Fraktion
- Anlage 4: Haushaltsrede BASIS-Fraktion
- Anlage 5: Haushaltsrede Freie Wähler-Stadtratsfraktion
- Anlage 6: Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
- Anlage 7: Haushaltsrede DIE LINKE-Stadtratsfraktion
- Anlage 8: Haushaltsrede RM Milar
- Anlage 9: Haushaltsrede RM Schulze/ FDP

RM Schlenter stellte zum Ende der Haushaltsreden einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung. Hierzu erfolgte keine Gegenrede, sodass BM Nowicki die Sitzung von 19:44 Uhr bis 20:05 Uhr unterbrach.

2.2 Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung 2026

BM Nowicki stellte fest, dass gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2026 innerhalb der gesetzlichen Auslegungsfrist keine Einwendungen erhoben worden seien.

2.3 Umbau zur Erweiterung der OGS-Kapazitäten der KGS Dürwiß

200/26

Unter Hinweis auf die sich in den Haushaltsreden abzeichnende ablehnende Mehrheit zum Erlass der Haushaltssatzung bat RM Schlenter Stadtkämmerin Merx um eine Einschätzung der Konsequenzen für das weitere Verfahren bezüglich dieser sowie der weiteren Verwaltungsvorlagen der Ratssitzung.

Stadtkämmerin Merx führte hierzu aus, dass, sofern eine zustimmende Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf 2026 nicht zustande kommt, der Haushaltsstatus der Stadt nach den Regelungen der Gemeindeordnung gleich gestellt werde mit einem nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept. Die bisherigen Beschränkungen der Übergangswirtschaft wären dann in der Ausführung noch einmal deutlich zu verschärfen. Freiwillige Zuschüsse dürften nicht weiter ausgezahlt werden, solange kein bestandskräftiger Haushalt vorliege. Sämtliche Leistungen, welche unter dem Vorbehalt der Bestandskraft des Haushaltes stehen, kämen nicht zur Ausführung. Im investiven Bereich dürften ausschließlich Fortsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden. Für anstehende neue Investitionen müsse zunächst eine Dringlichkeitsliste erstellt werden. Neue investive Maßnahmen im freiwilligen Bereich, wie z.B. die Sanierung Kunstrasenplatz SC Berger Preuß, dürften nicht ausgeführt werden. Eine enge Abstimmung mit der Kommunalaufsicht werde erforderlich.

Im Ergebnis, so führte sie abschließend an, gebe die Stadt in einem solchen Fall in wesentlichen Teilen die noch vorhandene selbstbestimmte Handlungsfähigkeit auf

Es schloss sich eine mehrfache Diskussion bezüglich der drohenden Nichtbeschlussfassung des Haushaltes an. BM Nowicki bat die Ratsmitglieder im Tagesordnungspunkt, zur Sache zu kommen und rief anschließend die Vorlage zur Abstimmung auf.

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Dem Ausbau der OGS Dürwiß wird wie im Sachverhalt der Verwaltungsvorlage dargestellt zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür Fördermittel beim Fördergeber Rheinisches Revier in Höhe von 95 % der förderfähigen Kosten zu beantragen. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Bestandskraft des Haushalts 2026. Die Umsetzung der Maßnahme in 2027 wird unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Fördermittelzusage beschlossen.

2.4 Umbau und bauliche Erweiterung der KGS Bergrath

203/26

RM W. Berndt beantragte, über die Punkte des Beschlussvorschlags einzeln abzustimmen, analog zum Verfahren in den vorberatenden Gremien (Bau- und Vergabeausschuss sowie Ausschuss für Schule und Sport).

Daraufhin erkundigte sich RM Schlenter, ob das Förderprogramm überhaupt in Anspruch genommen werden könne und bis zu welchem Zeitpunkt die Förderanträge gestellt sein müssten. Zudem warf er die Frage auf, ob eine Umsetzung auch dann möglich sei, wenn absehbar werde, dass der Haushalt am heutigen Tage nicht beschlossen werde bzw. ob dies auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen könne.

Erste Beigeordnete Duikers entgegnete, dass der Antrag zur Förderung OGS-Erweiterung bis zum 30.04.2026 zu stellen war und insoweit fristgerecht auf den Weg gebracht worden sei. Ggf. sei seitens der Verwaltung zu prüfen, ob eine Rücknahme dieses Antrags erforderlich werde.

Stadtkämmerin Merx wies ergänzend darauf hin, dass die Beschlussfassung bzw. Ausführung der Maßnahme zum einen unter dem Vorbehalt der Förderung zum anderen unter Vorbehalt der Bestandskraft des Haushaltes 2026 stehe. Sofern eine Beschlussfassung über den Haushalt 2026 nicht zustande kommen sollte, wird die in wesentlichen Teilen noch vorhandene, selbstbestimmte Handlungsfähigkeit aufgegeben werden. Weitere Abstimmung mit der Kommunalaufsicht bzw. dem Fördergeber müssten dann zunächst erfolgen.

Im Anschluss an die Aussprache wurde die Sitzung von 20:29 Uhr bis 20:34 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ließ BM Nowicki über die Punkte des Beschlussvorschlags einzeln abstimmen:

- 1) Der nachfolgende Beschluss über den ersten Antragspunkt wurde mehrheitlich mit 35 Ja-Stimmen gegen neun Nein-Stimmen der AfD und zwei Enthaltungen der Grünen gefasst.
- 2) Der nachfolgende Beschluss über den zweiten Antragspunkt wurde mehrheitlich mit 35 Ja-Stimmen gegen neun Nein-Stimmen der AfD und zwei Enthaltungen der Grünen gefasst.
- 3) Der nachfolgende Beschluss über den dritten Antragspunkt wurde mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen gegen elf Nein-Stimmen der AfD und der Freien Wähler und zwei Enthaltungen der Grünen gefasst.
- 4) Der nachfolgende Beschluss über den vierten Antragspunkt wurde mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen gegen neun Nein-Stimmen der AfD und drei Enthaltungen der Grünen (2) und des RM Schulze gefasst.

1.) Das dargestellte Ergebnis der Machbarkeitsstudie wird zur Kenntnis genommen. Der vorgelegten Planung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der weiteren Umsetzung der dargestellten Sanierung und Erweiterung der KGS Bergrath unter Inanspruchnahme der beiden Förderprogramme beauftragt. Die Projektkosten werden bei dieser Variante auf 18,1 Mio. geschätzt. Die Beteiligung der Schulkonferenz soll auf dieser Grundlage erfolgen. Die bauliche Umsetzung der Maßnahme ab der Leistungsphase 7 (Durchführung der Vergabe) gem. HOAI steht hierbei unter dem Vorbehalt der Fördermittelzusagen. Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt der Bestandskraft des Haushalts 2026.

2.) Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel aus den Förderprogrammen „Energetische Sanierung kommunaler Gebäude“ (Förderstrang 2, Einzelmaßnahmen) und die Förderung zum „Ausbau ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder in der Primarstufe im Rheinischen Revier“ zur Sanierung und der baulichen Erweiterungsmaßnahmen an der KGS Bergrath auf der Grundlage der Sachverhaltsschilderungen zu beantragen.

3.) Um die Umsetzung im Förderzeitraum zu ermöglichen, wird die Verwaltung beauftragt die Planung bis einschließlich der Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe) der HOAI für die parallele Erweiterung der Schule und der Sanierung des Bestandsgebäudes sowie hierzu der erforderlichen Errichtung eines Interimsgebäudes auf der benachbarten Festwiese auszuschreiben und zu vergeben. Der Einrichtung von einer zusätzlichen, entsprechend befristeten Planstelle, die für die fristgerechte Durchführung der Maßnahme zwingend erforderlich ist, wird zugestimmt.

4) Vorbehaltlich der Bestandskraft des Haushalts 2026 wird gemäß §5 (3) der Zuständigkeitsordnung vom 26.11.2025 für die Baumaßnahme eine Budgetfreigabe zur Ausschreibung in Höhe der im Haushalt 2026 vorgesehenen Mittel erteilt. Sofern durch die jeweilige Beauftragung das bewilligte Gesamtbudget nicht zu überschreiten droht, gilt die Zustimmung als erteilt.

2.5 Verlängerung des Mietzuschusses für das Objekt Merkurstraße 11-13; hier: 208/26
Antrag des VabW e.V. vom 21.08.2025

Der nachfolgende Beschluss wurde mehrheitlich mit 42 Ja-Stimmen gegen vier Nein-Stimmen (BASIS, RM Schulze, RM Milar) gefasst:

Dem Antrag des VabW auf Verlängerung des Mietzuschusses für das Objekt Merkurstraße 11-13 wird für die Zeit vom 01.01.2026 – 30.09.2027 entsprochen.

Die Haushaltsmittel sollen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2026 bereitgestellt werden.

2.6 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 248/26

Nach intensiver Aussprache über Ursachen und Folgen der Haushaltssituation stellte RM Schlenter einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung, um im Rahmen einer Beratungspause der Fraktionsvorsitzenden eine Lösung herbeizuführen. Da hierzu keine Gegenrede erfolgte, unterbrach BM Nowicki die Sitzung von 20:43 Uhr bis 21:40 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte RM Möller, dass man dem Haushalt auch nach der Diskussion nicht zustimmen könne. Sodann beantragte RM Möller, den Tagesordnungspunkt 2.6 (Vorlage-Nr. 248/26 – Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026) zu vertagen.

RM Schlenter sprach der SPD-Fraktion seinen Dank für das konstruktive Gespräch sowie für die Bereitschaft zur Vertagung aus und erklärte, dass man dem Vertagungsantrag zustimmen werde.

BM Nowicki ließ sodann über den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes abstimmen.

Der Rat der Stadt Eschweiler stimmte dem Vertragungsantrag bei 34 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen (AfD, Freie Wähler, RM Häfner) mehrheitlich zu.

3 Anträge von Fraktionen

3.1 Eigenständige kommunale Geschwindigkeitsüberwachung 215/26

Bei 37 Ja-Stimmen und neun Nein-Stimmen (AfD) fasste der Rat der Stadt Eschweiler mehrheitlich den folgenden erweiterten Beschluss des Fachausschusses:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt:

1. **Umgehende Befassung / Prüfauftrag**
Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die Einführung einer eigenständigen kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung - unabhängig von der StädteRegion Aachen - im Stadtgebiet Eschweiler konzeptionell und wirtschaftlich zu prüfen und dem Rat rechtzeitig zu den anstehenden Haushaltsberatungen eine entscheidungsreife Vorlage vorzulegen.
2. **Beschaffung und Betrieb von mindestens zwei Anlagen**
Gegenstand der Prüfung ist die Beschaffung und der Betrieb von mindestens zwei Anlagen zur Geschwindigkeitsüberwachung (Geräte-/Systemtypen sind offen zu prüfen, z. B. mobil/semistationär/stationär). Ziel ist eine spürbare Erhöhung der Kontrolldichte an geeigneten Stellen sowie eine wirksame, bürgernahe Reaktionsmöglichkeit an Gefahrenpunkten.
3. **Einsatz- und Prioritätenkonzept „Gefahrenstellen“**
Die Verwaltung erstellt nachgelagert ein Einsatzkonzept mit nachvollziehbaren Kriterien zur Priorisierung von Messstellen, insbesondere:
 - Umfeld von Kitas, Schulen, sozialen Einrichtungen, Spielplätzen,
 - stark frequentierte Querungen und Schulwege,
 - bekannte Beschwerde- und Unfallschwerpunkte,
 - lärmsensible Bereiche zur Reduzierung unnötiger Lärmbelastung.

Das Konzept soll zudem darstellen, wie Hinweise aus Bürgerschaft und Politik in eine priorisierte und rechtssichere Einsatzplanung überführt werden.

3.2 Aktualisierung des Straßen- und Wegekonzeptes der Stadt Eschweiler 205/26

RM Möller befürwortete die Aktualisierung des Straßen- und Wegekonzeptes, erkundigte sich jedoch, ob eine rechtliche Verpflichtung zur Fortschreibung bestehe. Technischer Beigeordneter Vogelheim stellte klar, dass eine gesetzliche Notwendigkeit hierfür zwischenzeitlich entfallen sei. Unbeachtlich dessen betonte er, dass es planerisch sinnvoll sei, das Konzept fortzuführen, um eine verlässliche Planungsgrundlage für das Stadtgebiet zu behalten.

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Der Rat möge beschließen:

1. Das bestehende Straßen- und Wegekonzept der Stadt Eschweiler wird aktualisiert.
2. Die Aktualisierung des Straßen- und Wegekonzeptes wird vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage sowie des „Nordrhein-Westfalen-Plan“ an den zuständigen Fachausschuss zur Vorberatung verwiesen.

3.3 Dauerhafte Beflaggung des Rathauses der Stadt Eschweiler mit der Nationalflagge; hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 07.04.2026

RM Milar beantragte, den vorliegenden Beschlussvorschlag der AfD-Fraktion, um folgende Punkte zu erweitern:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die derzeitige Beflaggungspraxis am Rathaus sowie die maßgeblichen landesrechtlichen Vorgaben darzustellen.
2. Auf dieser Grundlage prüft die Verwaltung, ob und in welchem Rahmen eine ergänzende Beflaggung unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten sinnvoll umgesetzt werden kann.
3. Die Ergebnisse werden dem Rat zur weiteren Beratung vorgelegt.

BM Nowicki erklärte, dass die Stadt Eschweiler gemäß der Beflaggungsverordnung NRW flaggt, welche die regelmäßigen Beflaggungstage vorgibt.

Nach Beendigung der Debatte ließ BM Nowicki über den Beschlussvorschlag der AfD-Fraktion abstimmen.

Bei zehn Ja-Stimmen (AfD, RM Schulze), 35 Nein-Stimmen und einer Enthaltung (RM W. Berndt) lehnte der Rat der Stadt Eschweiler den nachfolgenden ursprünglichen Beschluss des Antrages der AfD-Fraktion mehrheitlich ab:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt die ständige und dauerhafte Beflaggung des Rathauses der Stadt Eschweiler mit der Nationalflagge der Bundesrepublik Deutschland sowie der Flagge mit dem Eschweiler Stadtwappen.

Im Anschluss ließ BM Nowicki über den erweiterten Änderungsantrag des RM Milar abstimmen.

Der geänderte (erweiterte) Beschluss wurde mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen (AfD, BASIS, Freie Wähler, RM Schulze, RM Milar) gegen 30 Nein-Stimmen und einer Enthaltung (RM Borchardt), vom Rat der Stadt Eschweiler abgelehnt.

3.4 Organisation "Bürgermeister für den Frieden"; hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 08.04.2026

RM Milar beantragte, den vorliegenden Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um folgenden Punkt zu erweitern:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufnahme bei dem für die deutschen Mitgliedsstädte zuständigen und beim Oberbürgermeister der Stadt Hannover angesiedelten Sekretariat der Organisation zu beantragen. Der Eschweiler Jahresbeitrag wird auf 100,00 € festgelegt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die von der Organisation Mayors for Peace angebotenen Programme und Aktivitäten – insbesondere im Bereich Friedensbildung, Jugend und Austauschprogramme sowie Ausstellungen – zu prüfen und dem Rat einmal jährlich über geeignete, mit vertretbarem Aufwand umsetzbare Maßnahmen sowie deren Umsetzung zu berichten. Bestehende Kommunale Strukturen, insbesondere Schulen, Jugendhilfe und Städtepartnerschaften, sind dabei einzubeziehen. Zusätzlicher personeller oder finanzieller Aufwand ist möglichst zu vermeiden.

Nach Beendigung der Debatte ließ BM Nowicki über den erweiterten Änderungsantrag abstimmen.

Der folgende geänderte (erweiterte) Beschluss wurde mehrheitlich mit 37 Ja-Stimmen gegen neun Nein-Stimmen der AfD gefasst:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt den Beitritt der Stadt Eschweiler zur internationalen Organisation „Bürgermeister für den Frieden“, („Mayors for Peace“).

Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufnahme bei dem für die deutschen Mitgliedsstädte zuständigen und beim Oberbürgermeister der Stadt Hannover angesiedelten Sekretariat der Organisation zu beantragen. Der Eschweiler Jahresbeitrag wird auf 100,00 € festgelegt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die von der Organisation Mayors for Peace angebotenen Programme und Aktivitäten – insbesondere im Bereich Friedensbildung, Jugend und Austauschprogramme sowie Ausstellungen – zu prüfen und dem Rat einmal jährlich über geeignete, mit vertretbarem Aufwand umsetzbare Maßnahmen sowie deren Umsetzung zu berichten. Bestehende Kommunale Strukturen, insbesondere Schulen, Jugendhilfe und Städtepartnerschaften, sind dabei einzubeziehen. Zusätzlicher personeller oder finanzieller Aufwand ist möglichst zu vermeiden.

3.5 Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Eschweiler; Antrag der AfD-Fraktion vom 07.04.2026

244/26

Der Rat der Stadt Eschweiler lehnte den nachfolgenden Beschluss bei 37 Nein-Stimmen und neun Ja-Stimmen (AfD) mehrheitlich ab:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat einen Entwurf zur Änderung der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Eschweiler vorzulegen, mit dem klargestellt und präzisiert wird, dass zu den bebauten, überbauten und/oder befestigten Flächen im Sinne der Niederschlagswassergebühr insbesondere auch Flächen technischer Energieerzeugungsanlagen und deren Nebenanlagen zählen, soweit von ihnen Niederschlagswasser leitungsgebunden abflusswirksam in die gemeindlichen Abwasseranlage gelangen kann.

Hierzu zählen insbesondere Fundamentflächen, Trafostationen, Betriebsgebäude, Kranstellflächen, Montage- und Wartungsflächen, dauerhaft oder wiederkehrend befestigte Zufahrten, Zugewegungen sowie sonstige befestigte Neben- und Betriebsflächen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, die Gebührensatzung um ausdrückliche Mitwirkungs- und Nachweispflichten für Grundstücke mit technischen Energieerzeugungsanlagen zu ergänzen. Danach sollen auf Anforderung der Stadt insbesondere Lagepläne, Entwässerungspläne, Befestigungsnachweise, Flächenaufstellungen, Nutzungsunterlagen sowie sonstige für die gebührenrechtliche Bewertung erforderliche Unterlagen vorzulegen sein. Soweit sich technische Anlagen im Betrieb Dritter befinden, sollen die für die Zuordnung und Ermittlung gebührenrelevanter Flächen erforderlichen Angaben ebenfalls beizubringen sein.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, sämtliche Grundstücke im Stadtgebiet mit Windenergieanlagen und vergleichbaren technischen Energieerzeugungsanlagen daraufhin zu überprüfen, ob und in welchem Umfang gebührenpflichtige Niederschlagswasserflächen vorhanden sind, ob diese bislang vollständig erfasst und veranlagt wurden und welche zusätzlichen jährlichen Einnahmen sich aus einer vollständigen und rechtmäßigen Heranziehung ergeben.

Dem Rat ist hierzu spätestens zur zweiten auf die Beschlussfassung folgenden regulären Sitzung ein schriftlicher Bericht vorzulegen.

Ergänzend wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen und dem Rat darzustellen, ob neben der Niederschlagswassergebühr weitere rechtliche Möglichkeiten bestehen, versiegelte Flächen solcher Standorte verursachungsgerecht an wasserbezogenen Folgekosten zu beteiligen, insbesondere im Rahmen der Gewässerunterhaltungsgebühr nach den einschlägigen Vorschriften des Landeswassergesetzes Nordrhein-Westfalen.

3.6 Verbot von Elektrorollern; hier: Antrag der BASIS-Fraktion vom 16.03.2026

247/26

RM Cremer bedauerte, dass laut Zuständigkeitsordnung eine Ausschussverweisung des Antrags vorgesehen sei, da sich dadurch eine lange Wartezeit ergebe.

RM Milar stellte gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Eschweiler einen Antrag zur Sache. Er beantragte, den vorliegenden Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Antrag der BASIS-Fraktion vom 16.03.2026 nicht in den zuständigen Ausschuss verwiesen, sondern sofort zur Abstimmung gebracht werde. Zur Begründung führte er an, dass dies aufgrund der Dringlichkeit notwendig sei, da der zuständige Ausschuss erst im Juli 2026 tage.

Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass ein einschlägiger Beschluss möglich sei, die konkreten Ausführungsverordnungen jedoch dem zuständigen Gremium im Anschluss vorgelegt werden müssen.

Der Rat der Stadt Eschweiler stimmte dem folgenden geänderten Beschluss einstimmig zu, wobei RM Kaun nicht an der Abstimmung teilnahm:

- | | | |
|----------|--|---------------|
| 4 | Neubau des Sportzentrums Jahnstraße; hier: Bürgerantrag von Herrn Josef Stiel vom 23.03.2026 und 30.03.2026 | 225/26 |
|----------|--|---------------|

Herr Guth stellte klar, dass die damals getroffene Aussage im Ergebnis richtig gewesen sei.

Bei neun Nein-Stimmen (AfD) und 31 Ja-Stimmen, sowie fünf Enthaltungen (RM Häfner, Freie Wähler, RM Schulze, RM Milar), wobei RM Mund an der Abstimmung nicht teilnahm, fasste der Rat der Stadt Eschweiler den nachfolgenden Beschluss mehrheitlich:

Der Anregungs- und Beschwerdeausschuss hat den Bürgerantrag vom 23.03.2026 und 30.03.2026 geprüft.

Er empfiehlt dem Rat der Stadt Eschweiler, dem Antrag auf Prüfung nicht zu folgen bzw. diesen abzulehnen.

1. Der Rat der Eschweiler lehnt den von Herrn Stiel gestellten Bürgerantrag ab.

5 Umbesetzung im Ausschuss für Soziales, Senioren und Kultur 240/26

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig, wobei RM Mund nicht an der Abstimmung teilnahm:

Der Rat der Stadt Eschweiler wählt die nachfolgend aufgeführte stellvertretende sachkundige Einwohnerin für den Sozialdienst Katholischer Männer e.V. in den Ausschuss für Soziales, Senioren und Kultur:

Frau Silke Schröder

6 Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes im Eschweiler Stadtgebiet; hier: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie 235/26

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Der Rat der Stadt Eschweiler nimmt den Sachverhalt der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, für die in der Verwaltungsvorlage dargestellten Hochwasserschutzmaßnahmen „Eschweiler-West“, „Stoltenhoffmühle“, „Innenstadt“ und „Weisweiler Kulturpark“ die Fördersteckbriefe zu erstellen, diese final mit der Unteren Wasserbehörde der Städte-Region Aachen sowie des Wasserverbandes abzustimmen und der Bezirksregierung Köln als Fördergeberin zur Genehmigung vorzulegen.

7 Beseitigung von Schäden an der öffentlichen Infrastruktur sowie zum Wiederaufbau anlässlich der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021; hier: Fortschreibung des genehmigten Wiederaufbauplanes 236/26

Bei 37 Ja-Stimmen und neun Enthaltungen (AfD) fasste der Rat der Stadt Eschweiler den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Der in der Verwaltungsvorlage dargestellte Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des fortgeschriebenen Wiederaufbauplans (Anlage 1) Gespräche mit der Bezirksregierung Köln zu führen und darauf fußend diesen zur Bewilligung vorzulegen.

8 Beiträge nach § 8 KAG NRW für die Erneuerung und Verbesserung der Eichendorffstraße; hier: Satzungsbeschlüsse 210/26

Bei 36 Ja-Stimmen und neun Nein-Stimmen (AfD) fasste der Rat der Stadt Eschweiler den nachfolgenden Beschluss mehrheitlich, wobei RM R. Behr nicht an der Abstimmung teilnahm:

- der Eichendorffstraße – nördlich abzweigende Stichstraße Eichendorffstraße – (Gemarkung Eschweiler, Flur 19, Flurstück 164)
- der Eichendorffstraße – südlich abzweigende Stichstraße Eichendorffstraße – (Gemarkung Eschweiler, Flur 19, Flurstück 278)

Seite 13 von 15

14 Kennnisgaben

14.1 Ermächtigungsübertragungen ins Haushaltsjahr 2026 134/26

Die in den beigefügten Anlagen 01 und 02 der Verwaltungsvorlage vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) aus dem Haushaltsjahr 2025 in das Haushaltsjahr 2026 wurde vom Rat der Stadt Eschweiler zur Kenntnis genommen.

14.2 Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen; hier: Anträge von Fraktionen 239/26

Der Rat der Stadt Eschweiler nimmt die im Sachverhalt der Verwaltungsvorlage aufgeführte Umbesetzung im Bau- und Vergabeausschuss zur Kenntnis.

14.3 Benennung eines weiteren beratenden Mitgliedes in der Arbeitsgruppe Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit 243/26

Der Sachverhalt der Verwaltungsvorlage wurde vom Rat der Stadt Eschweiler zur Kenntnis genommen.

15 Anfragen und Mitteilungen

BM Nowicki erklärte, dass keine Mitteilungen aus der Verwaltung vorlägen.

Die Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 02.04.2026 (Etablierung eines Controllings) sei in Rücksprache mit dem Antragsteller zurückgestellt worden und befinde sich in Bearbeitung. Weitere schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

BM Nowicki wies darauf hin, dass gemäß der Geschäftsordnung pro Ratsmitglied nur eine Frage und eine Nachfrage zulässig seien.

RM D. Krauthausen berichtete, ein Bürger habe ihn auf die Festhalle Weisweiler angesprochen. Laut diesem Bürger habe der Bürgermeister in einem Gespräch geäußert, dass die Halle abgerissen werde.

BM Nowicki dementierte dies; es bestehe zwar Renovierungsbedarf, Abrissüberlegungen seitens der Verwaltung gebe es jedoch nicht.

RM Kaun bat darum, zukünftige Beleidigungen gegen die AfD – wie in der Haushaltsrede der Linke-Stadtratsfraktion – zu unterbinden. BM Nowicki betonte, keine Beleidigungen zu dulden und nahm den Hinweis zur Kenntnis. Er habe aber auch keine Beleidigung erkennen können.

RM Roth bat um Auskunft zur Schulwegsicherheit im Bereich Vennstraße/Eifelstraße und verwies auf eine bereits stattgefundene Verkehrsschau und erkundigte sich nach dem Vorliegen der Ergebnisse sowie dem Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahme „Verlängerung des Drängelgitters“. BM Nowicki sicherte eine Nachreichung der Informationen mit dem Protokoll zu.

Die Verwaltung teilt hierzu im Nachgang Folgendes mit:

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW musste im Zuge der Ausschreibung noch weitere Informationen, unter anderem zu Leitungsplänen, einholen. Gemäß Mitteilung vom 08.05.2026 befindet sich die Maßnahme derzeit in der Ausschreibung. Mit einer Beauftragung wird voraussichtlich Ende Mai gerechnet. Die Umsetzung der Maßnahme soll sich unmittelbar daran anschließen.

RM Winterich fragte nach, wann mit dem Baubeginn der Williy-Fährmann Schule Eschweiler zu rechnen sei. BM Nowicki informierte, dass Herr Moeck von der Wiederaufbaugesellschaft nicht mehr anwesend sei, um die Frage direkt zu beantworten. Die Antwort werde daher ebenfalls nachgereicht.

Die Verwaltung teilt hierzu im Nachgang Folgendes mit:

Nach aktueller Planungsannahme ist der Beginn der Baumaßnahme Neubau Willi-Fährmann-Schule für das zweite Quartal 2027 avisiert.

Es lagen keine weiteren Anfragen und Mitteilungen vor, so dass BM Nowicki den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:52 Uhr beendete. Er verabschiedet die Vertretenden der Presse sowie die anwesenden Zuhörenden.

Der nichtöffentliche Teil der Sitzung wurde um 22:54 Uhr fortgesetzt.

Es lagen keine weiteren Anfragen und Mitteilungen vor, sodass BM Nowicki die Sitzung um 23:15 Uhr beendete.